

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Lanbmänners Sonntagblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,15 M., durch Polen ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Strecken wird ersucht jeder Annehmer auf Lieferung 150. — Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 50spaltige Postzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 30spaltige Ankundenseite 40 Pfg., Ausnahmefälle 30 Pfg. / für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesicherter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie. Beleggebühren: 10.— M. das Zahlen, zusätzlich Postgebühren. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 66

Dienstag, den 7. Juni 1932

34. Jahrg

## Die Regierungserklärung

„Für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands.“

Berlin, 5. Juni.

Die in der heutigen Vormittagssitzung des Reichstages beschlossene Regierungserklärung hat folgenden Wortlaut:

„In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt.

Das deutsche Volk steht in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der dornige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller ausbauwilligen und staatsereiften, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden.

Reichstagsler Dr. Brüning hat als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, in die uns in erster Linie der Verfall der Republik und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wie auch die Misswirtschaft der Parlamentsdemokratie gebracht haben. Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen:

Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Kreulens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung — Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation — ist über schwache Anläufe hinausgekommen. Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankrott. Die ständig wachsende Arbeitslosigkeit zehrt trotz aller Arbeitswillens der besten Kräfte am Mark des deutschen Volkes.

Die Nachkriegsregierungen haben geklaust, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlstandsstaat zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zerteilt, die er seinem Volk nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.

Der hieraus zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, vergrößert durch den gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturbolschewismus, der wie ein fressendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in jeder Stunde Einhalt geboten werden.

Zu tief ist schon in alle kulturelle Gebiete des öffentlichen Lebens die Zerlegung atheistisch-marxistischen Denkens eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates sich zu Kompromissen bereit waren. Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Weg der Kompromisse um der Parteilichkeit willen bewahrt oder wiederhergestellt werden. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundzüge der christlichen Weltanschauung aufzubauen zu helfen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation, die Geschichte des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlage des Volkes, insbesondere auch der wertvollen Bevölkerung in Stadt und Land, unverzüglich aufzunehmen.

Damit die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geteilt werden können, ist die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geforderten Maßnahmen zu erfüllen. Am liebsten magt die Regierung in dieser Stunde keine Versprechungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

### Auf außenpolitischem Gebiete

ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den in Gang befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Währungsreform, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrise. Bei allen diesen Problemen stehen höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiele.

Unser Ziel ist, in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen unserer Vaterlande völlige Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen.

Freiheit können alle Bemühungen um die Wohlfahrt der Völker nur dann auswirken, wenn es gelingt, gleichzeitig die wirtschaftlichen Ertragsquellen aus den Gebieten des Gold- und Kapitalverkehrs und des Warenhandels, des gegenseitigen Handels in Umlauf zu versetzen, zu befestigen. Die

Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitzuwirken bereit sein, die diesem Ziele dienen.

Die Grundlage und Voraussetzung aber jeder wirksamen außenpolitischen Dretzung unserer nationalen Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die Herbeiführung der innerpolitischen Klarheit.

Aus allen diesen Gründen hat sich der Reichspräsident entschlossen, dem Antrag der Reichsregierung hinsichtlich und den Reichstag aufzulösen. Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist. Die Regierung wird, unabhängig von Parteien, den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands führen.“

### Reichstagsfeier zum Raas-Dreif

Zu den Ausführungen des Bräutigams Raas gibt die Reichstagsfeier folgende Darstellung:

Herr von Papen hatte, bevor er sich zum Reichspräsidenten begab, eine Aussprache mit Bräutigam Raas über die Stellung der Zentrumspartei zu einer gegebenenfalls an ihn zu richtenden Berufung durch den Reichspräsidenten. Hierbei erklärte Dr. Raas, es sei für die deutsche Zentrumspartei ausgeschlossen, das eines ihrer Mitglieder die Führung der neu zu bildenden Regierung oder einen Sitz in ihr übernehme. Ein solcher Schritt würde die Trennung von der Partei bedeuten. Herr von Papen erwiderte, daß damit die Voraussetzung fortfalle, unter der ihn der Reichspräsident wahrscheinlich berufen habe. Eine Synthese zwischen den in der Zentrumspartei organisierten Parteien und der politischen Rechten herzustellen. Er werde daher einen in diesem Sinne an ihn gerichteten Auftrag ablehnen. Herr von Papen hat jedoch in der darauf stattfindenden Besprechung den Reichspräsidenten von dem Inhalt dieser Unterredung Kenntnis gegeben und den Reichspräsidenten gebeten, von seiner Berufung Abstand zu nehmen. Erst nachdem der Reichspräsident Herrn von Papen erklärte, daß er ihn nicht in seiner Eigenschaft als Parteimitglied, sondern als Deutscher gerufen habe und daß er an sein vaterländisches Gemissen geknüpft, hat von Papen die Berufung angenommen.

## Der Reichstag aufgelöst

Amlich wird folgende Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages vom 4. Juni gemeldet:

„Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgefundenen Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht.“

Berlin, 4. Juni 1932.

Der Reichspräsident: gez. von Hindenburg.

Das Auflösungsdekret für den Deutschen Reichstag ist der Öffentlichkeit übergeben worden, ohne daß bisher ein Termin für die Neuwahlen bestimmt wurde. Wir sind der Ansicht, daß es richtiger wäre, wenn dieser nicht allzu lange hinausgeschoben würde, denn je länger der Wahlkampf dauert, desto größer werden die Kosten, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich bei allen Parteien schon in den letzten Wahlkämpfen ein ausgeprägter Geldschwund bemerkbar gemacht hat, und daß eine über Wochen hinaus verstärkte Erhebung der Gemeinder des großen Ganzen kaum dienlich sein wird. Im übrigen muß man annehmen, daß das ganze deutsche Volk heute weiß, worum es geht, daß es infolgedessen auch nicht mehr der Überzeugung in allzu langem Wahlkampf beharrt, um zu entscheiden, mit welchem Wahlzettel es zur Urne schreiben soll. Es haben denn auch bei fast allen politischen Parteien bereits vorbereitende Besprechungen über die neue Lage stattgefunden. Von der Urnen bis zur Rechten werden bereits die größten Anstrengungen gemacht, um bei dem Kampf, der wohl mit äußerster Erbitterung geführt werden wird, bestehen zu können. Hoffen wir, daß sie nicht umsonst getan sind, daß aus ihnen ein Parlament hervorgeht, das wirkliche Aufbauarbeit zu leisten imstande ist zu Ruh und Frommen der Allgemeinheit, zum Segen des schwer lebenden Vaterlandes.

Die Regierungserklärung des neuen Kabinetts bringt verständnisvoll die wichtigsten Aufgaben, die der harten Aufgabe gegen Staatssozialismus und Parlamentsdemokratie und die Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit durch die große Belastung des Reiches, der Länder und Gemeinden mit sozialpolitischen Aufgaben gesteigert worden sei, dürften mit der harten Aufgabe an den Kulturbolschewismus die bestimmten Angaben innerpolitischer Art erledigt sein. Es ist bemerkenswert, daß die Regierung nicht daran vorbeikommt, einen Teil der Parteivorsitzenden, die das Kabinetts-Brüning nun geplant hatte, in Beruf zu legen. Man rechne hier mit einschneidenden Reformen auf dem Gebiet der Sozialversicherung.

Besonders kurz erscheint uns der Teil der Erklärung, der die außenpolitischen Probleme behandelt. Hier wäre

## Wahl in Mecklenburg

Nationalsozialistischer Wahlkreis.

Schwerin, 5. Juni. Die Wahlkreise in Mecklenburg-Schwerin ist geschlossen. Wie es nicht anders zu erwarten war, hat sie mit einem überwältigenden Sieg des Nationalsozialismus, geendet.

### Die Verteilung der Mandate.

Die vorliegenden Zahlen sind 17 Kreise aus 1475 von 1492 Bezirken. Es fehlen noch 17 freie Landbezirke, die das Ergebnis nicht mehr nennenswert beeinflussen können.

Die Mandate verteilen sich wie folgt:

	Wahl am 5. 6. 1932	Bisher
Sozialdemokraten	18	20
Kommunisten	4	3
Nationalsozialisten	29	2
Christliche Freiheitsbewegung	—	2
Deutschnationale	5	11
Nationale Mecklenburger	1	—
Wirtschaftspartei	—	6
Landvolk	—	1
Christlich-sozialer Volksdienst	—	1
Nierpartei	—	1
Demokraten	—	1
Deutsche Volkspartei	—	3
Bürgerblock	1	—

Gesamtzahl der Mandate im alten Landtag 51; im neuen, Sonntag gewählt, infolge gesteigerter Wahlbeteiligung 58. Die absolute Mehrheit beträgt demnach 30 Stimmen, über die die NSDAP aller Wahrscheinlichkeit nach verfügen wird.

Die Regierungsmöglichkeiten in Mecklenburg-Schwerin. Nach dem bisherigen Ergebnis der Wahlen zum Mecklenburg-Schweriner Landtag werden im neuen Parlament 29 nationalsozialistische Abgeordnete insgesamt 29 Mandate aller übrigen Fraktionen gegenüberstellen. Den Nationalsozialisten wäre somit nach dem Muster von Braunschweig die Möglichkeit erlangt, zusammen mit den Deutschnationalen, die fünf Siege erhalten konnten, die Regierung zu übernehmen. Ob aber die Nationalsozialisten den Deutschnationalen einen Regierungssitz einräumen werden, erscheint bei der zwischen beiden Parteien in Mecklenburg-Schwerin seit Wochen vorhandenen Spannung fraglich.

Die Möglichkeit, daß der NSDAP aus den Ergebnissen der noch ausstehenden 17 Bezirke ein weiteres Mandat zufällt, ist durchaus vorhanden. In diesem Falle würden die Nationalsozialisten — wie in Oldenburg — über eine absolute Mehrheit verfügen. Daß eine der anderen Parteien noch einen Sitz erhält, ist nicht mehr anzunehmen.

etwa möglichkeit, daß der NSDAP aus den Ergebnissen der noch ausstehenden 17 Bezirke ein weiteres Mandat zufällt, ist durchaus vorhanden. In diesem Falle würden die Nationalsozialisten — wie in Oldenburg — über eine absolute Mehrheit verfügen. Daß eine der anderen Parteien noch einen Sitz erhält, ist nicht mehr anzunehmen.

Wahrscheinlich war der Sinn der kurzgehaltene Erklärung, daß die neue Regierung sich von Verpflichtungen freihalten, dagegen allein nach ihren Taten beurteilt werden will.

### Wehrminister an die Reichswehr

Reichswehrminister von Schleicher hat an die Reichswehr folgenden Aufruf erlassen: „Mit dem heutigen Tage trete ich das Amt des Reichswehrministers an, zu dem mich das Vertrauen des Reichspräsidenten, des Oberbefehlshabers der Wehrmacht, berufen hat.“

„Ich werde meine Kraft daran setzen, daß die Reichswehr dem befehligt wird, ihre Berufsaufgabe zu erfüllen: Deutschlands Grenzen zu schützen und seine nationale Sicherheit zu gewährleisten. Ich werde ferner dafür sorgen, daß diejenigen geistigen und physischen Kräfte unseres Volkes gestärkt werden, welche die unentbehrliche Grundlage der Landesverteidigung bilden. Ich bin überzeugt, daß im Innern die Aufgabe, daß wir eine geschlossene und überparteiliche Wehrmacht besitzen, allein genügen wird, um die Unterstützung des Reiches vor jeder Erschütterung zu bewahren.“

„Ich vertraue darauf, daß jeder Angehörige der Wehrmacht mir dabei helfen wird, das mir anvertraute Erbe einer großen Vergangenheit zum Besten von Volk und Vaterland zu verwalten.“

### Der Reichsstädtebund warnt

vor der Finanzkatastrophe der Gemeinden. Der Reichsstädtebund hat an das neue Reichskabinett eine Eingabe gerichtet, in der es u. a. heißt: Es ist bekannt, daß die mittleren und kleinen Städte infolge des rapiden Rückgangs ihrer Steuererinnahmen und





fische Siedlung und vor allem, daß die Reichsregierung endlich den seit langem verprochenen Plan der Finanzreform verwirklicht.

Mit aller Deutlichkeit müsse erklärt werden, daß eine weitere Befreiung der ländlichen Einwohnerschaft unter keinen Umständen mehr vorzunehmen werden könne und daß es völlig ausgeschlossen sei, auf dem Wege neuer Steuern oder Steuererhöhungen die Mittel zum Ausgleich der ländlichen Gemeindefinanzen aufzubringen. Nur jährliche Hilfe könne die Landgemeinden vor einem allgemeinen Zusammenbruch bewahren. Diese Hilfe erwarteten die Gemeinden von der neuen Reichsregierung.

### Landarbeiterlöhne und -tarife abgebaut

Für die Provinz Sachsen und den Freistaat Anhalt ist ein endgültiger neuer Tarifvertrag zwischen landwirtschaftlichen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ohne Inanspruchnahme staatlicher Instanzen abgeschlossen worden. Neben allgemeinen Lohnsteigerungen bringt dieser Tarifvertrag eine Bestimmung, die verbotswirksam für 1932 festlegt, daß der Lohn für nicht vollwertige und ausfallswirksame einstellende Arbeiter sowie für auf Antrag von Gemeinden beschäftigte Anstellungsempfänger, in diese Vereinbarung unter Mitwirkung der Arbeitgebervereinigungen eingestuft werden kann, so daß also diese Personen den Lohnfestsetzungen des Tarifs nicht unterliegen.

Diese Bestimmung bedeutet einen Verzicht zur Auflockerung des Tarifvertrages. Man begründet ihn mit der Möglichkeit einer Arbeitsbeschaffung für Erwerbslose in großem Umfang.

### Sklareprozeß

Parteienvirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung.

Berlin, 4. Juni.

Der Oberstaatsanwalt beantragte gegen die Brüder Willi und Leo Sklare wegen fortgesetzten Betruges zum

Schaden der Berliner Stadtbank, zum Teil in Tateinheit mit schwerer öffentlicher Urkundenfälschung, wegen Betruges zum Schaden der Dresdener Bank und der Oßbank, wegen Kontursverbrechens in Tateinheit mit Kontursvergehen und wegen fortgesetzter aktiver Befolgung je sechs Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust.

Gegen den Stadtbankdirektor Schmidt beantragte der Oberstaatsanwalt wegen schwerer passiver Befolgung zwei Jahre sechs Monate Gefängnis, gegen den Stadtbankdirektor Hoffmann zwei Jahre Gefängnis, gegen Bürgermeister Schneider ein Jahr neun Monate Gefängnis, gegen Stadtrat Göbel ein Jahr acht Monate Gefängnis, gegen Stadtmagistrat Sefelowski zehn Monate Gefängnis und gegen Stadtrat Degener neun Monate Gefängnis.

Gegen Hofmann, Schmidt, Schneider, Göbel, Hoffmann, Sefelowski und Degener beantragte der Oberstaatsanwalt auch zu erkennen auf die Unfähigkeit zur Befolgung öffentlicher Ämter für die Dauer von fünf Jahren.

Gegen den Buchhalter Lehmann wurde vom Oberstaatsanwalt wegen Beihilfe zum Betruge und zur Urkundenfälschung zwei Jahre Gefängnis und gegen den Buchhalter Buch wegen Beihilfe zum Betruge ein Jahr Gefängnis beantragt. Gegen den Diplomkaufmann Lubin beantragte der Oberstaatsanwalt wegen schwerer passiver Befolgung ein Jahr drei Monate Gefängnis.

Zum Schluß wurde von Oberstaatsanwalt Freiherrn von Steineder beantragt, gegen die Geschwister Sklare mit sofortiger Vollstreckung erneut Haftbefehl zu erlassen.

Nach längerer Beratung lehnte das Gericht den Antrag der Staatsanwaltschaft, die Brüder Leo und Willi Sklare zu verhaften, ab, da kein Fluchtverdacht bestehe.

Das Gericht bejahte aber, die Sklars in Polizeigewahrsam zu nehmen, um die sichere Zuführung des Prozesses zu gewährleisten. Da beide auf den Verlauf ihrer Verhandlungsfähigkeit geprüft werden sollen, werden sie in den nächsten Tagen einer eingehenden ärztlichen Prüfung unterzogen werden.

### Hornmehl als Dünger.

Bekanntlich hat reiner Hornmehl einen Stickstoffgehalt von 14% und ist infolgedessen ein vorzüglicher Dünger, da er alle erforderlichen organischen Stoffe enthält, um einen Boden erfolgreich zu machen.

Es ist durch Untersuchungen von landwirtschaftlichen Versuchsanstalten erwiesen, daß alle mit natürlichen Stoffen bedingten Pflanzen besonders gut gedeihen und deshalb diesen Pflanzennährstoffen besser widerstehen. Hornmehl hat sich zur Düngung von Blumen sehr bewährt, und im Gemüsebau wird Hornmehl vielfach verwendet, um dem Gemüse einen kräftigen und angenehmen Geschmack zu sichern. Hornmehl sollte daher im Gemüsebau nach wie vor Beachtung finden, und könnte sich durch die Brautäcker durch einen Versuch mit Hornmehl von der Wirkung selbst überzeugen. Hornmehl wirkt zu jeder Jahreszeit.

Die Verwendung von flüssigem Hornmehl, also nicht Hornmehl, ist sehr wertvoll für die Wirtschaft. Staubreines Hornmehl, wie es Vachter & Günther, Maxenberg i. Sa. durch neue Verfahren herzustellen, ist daher ein großes wertvolles Düngemittel mit zu den besten Pflanzungen schneller und in anderer Richtung.

### Geschäftliches.

**Wesentliche Preisentwertung im Schallplatten-Vollverband.** Eine deutliche Preisentwertung hat wiederum der Schallplatten-Vollverband eingeleitet. Ausgehend von dem Gebot, daß die modernen Tanz- und Tanzmusikplatten der zeitlichen Begrenzung entsprechen, der ihre Aktualität unterworfen ist, auch im Preise besonders zu berücksichtigen sind, hat der Schallplatten-Vollverband alle Platten seiner umfangreichen Gruppe II: Tanz, Tonfilme und Unterhaltungsmusik auf den Einheitspreis von 1,40 RM gesetzt, also um rund 18% gesenkt. Dieser billige Preis ist jedoch nicht etwa durch verminderte Werte erreicht, vielmehr sind auch diese Glanz-Schallplatten in der Qualität Weiterplatten und nur im Preis Volksplatten. Das neue Schallplatten-Verzeichnis ist kostenlos und unverbindlich anquartieren von der Hauptgeschäftsstelle Berlin-Charlottenburg 2, Berliner Straße 41-43, verlost zum Preis dieser erlaucht, billigen und schwerverbreitlichen Volksplatten.

**Alle Zeitungen u. Zeitschriften** liefert frei Haus **Richard Arnold**, Buchhandlung

## Photo-Alben

Photo-Ecken zum Einkleben von Amateur-Photographien empfiehlt in reicher Auswahl

Richard Arnold, Buch- u. Papierhandlung  
Kemberg, Leipzigerstraße 64/65 u. Markt 3



**Kauft deutsche Ware**  
und Ihr schafft  
Arbeit und Brot

## Prima frisches Rindfleisch frische Flecke

empfehlen **Heinrich Schneider**

## frisches Rindfleisch und frische Flecke

empfehlen **Ernst Bachmann**

**Morgen Dienstag**  
von früh 1/8 Uhr an  
**ff. Speckfuchen**  
**Graff Wend**

**Morgen Dienstag**  
von vormittag 1/10 Uhr an  
**ff. Speckfuchen**  
**Bäckerei Berndt**

Empfehle **Dienstag früh blutreich Schellfisch Kaviar :: Fischilet**  
ferner stets frisch

**Neue Fettbücklinge, ger. Schellfisch, Matjesheringe, Neue saure Gurken**  
**Richard Tempelhof, Tel. 256**

## Eine Kabelwiese

zu verpacken. **Ständer**

## Ferkel

verkauft **Otto Allner, Burgstraße 3**

## Farben und Zubehör gut und billig immer bei Rudolf Huhn

## Preuß. Klassen-Lotterie

Die Frist zur Erneuerung der Lose 3. Klasse läuft am **Mittwoch, den 8. Juni** ab. Einige Acht- und Fünf-Lose sind noch zu haben bei **Richard Arnold**

## Krieger-Verein Morgen Dienstag, abds 1/9 Uhr im Palmbaum

**Bersammlung**  
Um zahlreiches Erscheinen bittet **der Vorstand**

## Kochen Sie MAGGI'S Suppen

Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld  
— 32 Sorten —

**Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine!**

## Für die Reisezeit

empfehle **Reise- u. Stadtkoffer**  
echt Hartplatte und Leder, alle Größen  
**Aktenmappen, Handtaschen**  
**Portemonnaies**  
in reicher Auswahl und zu billigsten Preisen

**Richard Arnold .s. Kemberg**  
Leipziger Straße und Markt

## Truyillon-Bonbons feilten Giffan

Heiserkeit, Verschleimung, Bronchialkatarrh - in allen Apotheken erhältlich. Stets vorrätig: Apotheke Kemberg.

Gestern vormittag entschlief sanft unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter  
**Ww. Ernestine Grune**  
im Alter von 79 Jahren.  
Dies zeigen tiefbetrubt an  
**die trauernden Hinterbliebenen**  
Kemberg, den 6. Juni 1922  
Die Beerdigung findet am Mittwoch nachm. 3 Uhr von der Friedhofs-kapelle aus statt

Gestern Nacht 3 Uhr entschlief unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter und Tante  
**Ww. Wilhelmine Zimmermann geb. Löser**  
im 72. Lebensjahre.  
Dies zeigen tiefbetrubt an  
**die trauernden Hinterbliebenen**  
Kemberg, den 6. Juni 1922  
Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 4 Uhr von der Friedhofs-kapelle aus statt

## Fliegenfänger

empfehlen **Richard Arnold** **Zanbarer, christlicher Margarineverteiler (in) ges. Ndb. durch Off. unter J. D. 460 an die Expedition.**

**Magdeburger Pferde- und Auto-Lotterie**  
**Ziehung am Donnerstag dieser Woche**  
**Gewinnplan:**  
**2 Hauptgewinne** 1 Luxus-Automobil oder 1 herrschaftliche Wohnungs-Einrichtung im Werte von je RM. 7500 **RM. 15000**  
**2 Prämien** 1 Wohnungs-Einrichtung od. 1 edles Reitpferd und 2 Aufschnepferde i. Werte v. je RM. 2000 **RM. 4000**  
**8983 Gewinne** und 2 Prämien im Werte von RM. 47000  
**Einzellos 1 RM — Doppellos 2 RM**  
Lose sind zu haben bei  
**Richard Arnold, Buch- u. Papierhandlung**

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203



# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheinet wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mittleres Vaterland“ (Kriegs- und Besatzungszeit). Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,35 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsleistung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbspaltige Zeitspaltseite oder deren Raum 15 Pfg., die halbspaltige Zeilenspalte 40 Pfg., Ausnahmestunde 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. Beleggebühren: 10.- Pf. das Zustell-, zusätzlich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 66

Dienstag, den 7. Juni 1932

34. Jahrg

## Die Regierungserklärung

„Für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands.“

Berlin, 5. Juni.

Die in der heutigen Vormittags Sitzung des Reichstages beschlossene Regierungserklärung hat folgenden Wortlaut:

„In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt.“

Das deutsche Volk steht in einer tiefen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der darnige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die tiefen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staatsereiferten, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden.

Reichspräsident Dr. Brüning hat als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, in die uns in erster Linie der Verfall der Weimarer Republik und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wie auch die Mißwirtschaft der Parlamentarismus gebracht haben. Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen:

Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Weimarer Republik sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung — Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Verhältnisse der Nation — ist über schwache Mängel hinausgekommen. Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankrott. Die ständig gewachsene Arbeitslosigkeit zehrt trotz aller Arbeitswillens der besten Kräfte am Mark des deutschen Volkes.

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihn Aufgaben zerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.

Der hieraus zwangsläufig folgenden moralischen Verminderung des deutschen Volkes, verdrängt durch den ungeliebten gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kultursozialismus, der wie ein freies Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt geboten werden.

In tief ist schon in alle kulturelle Gebiete des öffentlichen Lebens die Zersetzung atheistisch-marxistischer Denksysteme eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren: Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Weg der Kompromisse um der Parteilichkeit willen bewahrt oder wiederhergestellt werden. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewollt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unerschütterlichen Grundzüge der christlichen Weltanschauung aufbauen zu helfen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation, die Geschichte des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der wertvollsten Bevölkerung in Stadt und Land, unerschütterlich aufzunehmen.

Damit die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geleistet werden können, ist die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Maßnahmen zu erfüllen. Im übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Verapredungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

### Auf außenpolitischem Gebiete

ergehen sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den in Gang befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Abrüstung, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrise. Bei allen diesen Problemen stehen höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiele.

Unser Ziel ist, in freundschaftlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen unserem Vaterlande völlige Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen.

Freilich können alle Bemühungen um die Wohlfahrt der Völker sich nur dann auswirken, wenn es gelingt, gleichzeitig die wirtschaftlichen Störungen aus den Gebieten des Geld- und Kapitalverkehrs und des Warenverkehrs, die gegenwärtig die Welt in Unruhe versetzen, zu beseitigen. Die

Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitzuwirken bereit sein, die diesem Ziele dienen.

Die Grundlage und Voraussetzung aber jeder wirksamen außenpolitischen Beteiligung unserer nationalen Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die Herbeiführung der innenpolitischen Klarheit.

Aus allen diesen Gründen hat sich der Reichspräsident entschlossen, dem Antrag der Reichsregierung stattzugeben und den Reichstag aufzulösen. Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist. Die Regierung wird, unabhängig von Parteien, den Kampf für die politische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands führen.“

### Reichsfinanzlei zu dem Brief

Zu den Ausführungen des Prälaten Kaas gibt die Reichsfinanzlei folgende Darstellung:

Herr von Papen hatte, bevor er sich zum Reichspräsidenten begab, eine Aussprache mit Prälat Kaas über die Stellung der Zentrumspartei zu einer gegebenenfalls an ihn zu richtenden Berufung durch den Reichspräsidenten. Hierbei erklärte Dr. Kaas, es sei für die deutsche Zentrumspartei ausgeschlossen, daß eines ihrer Mitglieder die Führung der neu zu bildenden Regierung oder einen Sitz in ihr übernehme. Ein solcher Schritt würde die Trennung von der Partei bedeuten. Herr von Papen erwiderte, daß damit die Voraussetzung fortfalle, unter der ihn der Reichspräsident wahrscheinlich berufen habe: Eine Synthese zwischen der in der Zentrumspartei organisierten Kräfte und der politischen Rechte herzustellen. Er werde daher einen in diesem Sinne an ihn gerichteten Auftrag ablehnen. Herr von Papen hat jedoch in der darauf stattfindenden Besprechung den Reichspräsidenten von dem Inhalt dieser Unterredung Kenntnis gegeben und den Reichspräsidenten gebeten, von seiner Berufung Abstand zu nehmen. Erst nachdem der Reichspräsident Herrn von Papen erklärte, daß er ihn nicht in seiner Eigenschaft als Parteimitglied, sondern als Deutscher gerufen habe und daß er an sein vaterländisches Gewissen appelliere, hat von Papen die Berufung angenommen.

## Der Reichstag aufgelöst

Amlich wird folgende Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages vom 4. Juni gemeldet:

„Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgefundenen Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht.“

Berlin, 4. Juni 1932.

Der Reichspräsident: gez. von Hindenburg.



Beilagenpreis: Die halbspaltige Zeitspaltseite oder deren Raum 15 Pfg., die halbspaltige Zeilenspalte 40 Pfg., Ausnahmestunde 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. Beleggebühren: 10.- Pf. das Zustell-, zusätzlich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

## Wahl in Mecklenburg

Nationalsozialistischer Wahlsieg.

Schwerin, 5. Juni. Die Wahlkämpfe in Mecklenburg-Schwerin sind geschlagen. Wie es nicht anders zu erwarten war, hat sie mit einem überstrahlenden Sieg des Nationalsozialismus, geendet.

### Die Verteilung der Mandate.

Die vorliegenden Zahlen sind die Ergebnisse aus 1475 von 1492 Bezirken. Es fehlen noch 17 kleine Landbezirke, die das Ergebnis nicht mehr nennenswert beeinflussen können.

Die Mandate verteilen sich wie folgt:

Partei	Wahl am 5. 6. 1932	Bisher
Sozialdemokraten	18	20
Kommunisten	4	3
Nationalsozialisten	29	2
Christlich-sozialistische Bewegung	—	2
Deutschnationale	5	11
Nationale Mecklenburger	1	—
Wirtschaftspartei	—	6
Landvolk	—	1
Christlich-sozialer Volksdienst	—	1
Wirtschaftspartei	—	1
Demokraten	—	1
Deutsche Volkspartei	—	3
Bürgerblock	1	—

Gesamtzahl der Mandate im alten Landtag 51; im neuen, Sonntag gewählt, infolge gesteigerter Wahlbeteiligung 58. Die absolute Mehrheit beträgt demnach 30 Stimmen, über die die NSDAP aller Wahrscheinlichkeit nach verfügen wird.

### Die Regierungsmöglichkeiten in Mecklenburg-Schwerin.

Rostock, 5. Juni. Nach den bisherigen Ergebnissen der Wahlen zum Mecklenburg-Schweriner Landtag werden im neuen Parlament 29 nationalsozialistische Abgeordnete insgesamt 29 Mandate aber übrigen Fraktionen gegenüberstehen. Den Nationalsozialisten wäre somit nach dem Willen von Braunshweig die Möglichkeit gegeben, zusammen mit den Deutschnationalen, die fünf Sitze erlangen konnten, die Regierung zu übernehmen. Ob aber die Nationalsozialisten den Deutschnationalen einen Regierungssitz einräumen werden, erscheint bei der zwischen beiden Parteien in Mecklenburg-Schwerin seit Wochen vorhandenen Spannung fraglich.

Die Möglichkeit, daß der NSDAP, aus den Ergebnissen der noch ausstehenden 17 Bezirke ein weiteres Mandat zufällt, ist durchaus vorhanden. In diesem Falle würden die Nationalsozialisten — wie in Oldenburg — über eine absolute Mehrheit verfügen. Daß eine der anderen Parteien noch einen Sitz erhält, ist nicht mehr anzunehmen.

eine größere Deutlichkeit wohl am Platze gewesen, insbesondere mit Bezug auf die Tribut- und Kriegsschuldfrage. Die Forderung der vollen Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage ist genau wie wiederholt bei Brüning betont worden. Es hat den Anschein, als würde man bezüglich der Weltwirtschaftsnotwendigkeiten den Plänen zustimmen, die MacDonald mit den Vereinigten Staaten von Amerika ausgemacht hat.

Wahrscheinlich war der Sinn der kurzgehaltenen Erklärung, daß die neue Regierung sich von Verprechungen freihalten, dagegen allein nach ihren Taten beurteilt wissen will.

### Wehrminister an die Reichswehr

Reichswehrminister von Schleicher hat an die Reichswehr folgenden Aufruf erlassen: „Mit dem heutigen Tage trete ich das Amt des Reichswehrministers an, zu dem mich das Vertrauen des Reichspräsidenten, des Oberbefehlshabers der Reichswehr, berufen hat.“

„Ich werde meine Kraft daran setzen, daß die Reichswehr dazu befähigt wird, ihre Berufsaufgabe zu erfüllen: Deutschlands Grenzen zu schützen und seine nationale Sicherheit zu gewährleisten. Ich werde ferner dafür sorgen, daß diejenigen geistigen und physischen Kräfte unseres Volkes gefördert werden, welche die unentbehrliche Grundlage der Landesverteidigung bilden. Ich bin überzeugt, daß im Inlande die Aufgabe, die wir eine geschlossene und überparteiliche Wehrmacht heissen, allein genügen wird, um die Autorität des Reiches vor jeder Erschütterung zu bewahren.“

„Ich vertraue darauf, daß jeder Angehörige der Wehrmacht mir dabei helfen wird, das mir anvertraute Erbe einer großen Vergangenheit zum Besten von Volk und Vaterland zu verwerten.“

### Der Reichsstädtebund warnt

vor der Finanzkatastrophe der Gemeinden. Der Reichsstädtebund hat an das neue Reichsministerium eine Eingabe gerichtet, in der es u. a. heißt: Es ist bekannt, daß die mittleren und kleinen Städte infolge des raschen Rückgangs ihrer Einnahmen und